

Leipziger Tageblatt

Bezugspreis: Vierteljährlich 4,50 Mark, halbjährlich 8,00 Mark, jährlich 15,00 Mark. Ausland monatlich 2,50 Mark. Postgebühren sind inbegriffen. Bestellungen sind an den Verleger zu richten. Die Redaktion ist für die Rücksendung von Briefen nicht verantwortlich. Druck- und Verlagsanstalt: Leipzig, Postfach 1101. Telefon 1701-1702. Telegramm: Leipzig 3004.

Handels-Zeitung

Anzeigenpreis: Für die erste Spalte (10 Zeilen) 100 Pfennig. Für die zweite Spalte 80 Pfennig. Für die dritte Spalte 60 Pfennig. Für die vierte Spalte 40 Pfennig. Für die fünfte Spalte 30 Pfennig. Für die sechste Spalte 20 Pfennig. Für die siebente Spalte 15 Pfennig. Für die achte Spalte 10 Pfennig. Für die neunte Spalte 8 Pfennig. Für die zehnte Spalte 6 Pfennig. Für die elfte Spalte 5 Pfennig. Für die zwölfte Spalte 4 Pfennig. Für die dreizehnte Spalte 3 Pfennig. Für die vierzehnte Spalte 2 Pfennig. Für die fünfzehnte Spalte 1 Pfennig. Für die sechzehnte Spalte 1 Pfennig. Für die siebenzehnte Spalte 1 Pfennig. Für die achtzehnte Spalte 1 Pfennig. Für die neunzehnte Spalte 1 Pfennig. Für die zwanzigste Spalte 1 Pfennig.

Die Einladung

Von Geheimrat Prof. Saenger.

Berlin, 15. September.

Kun ist die Einladung zur Konferenz da, und die Berge von Meinungen, die darüber im luftleeren Raum und unbeschwert um die Kenntnis der Dinge aufgetürmt wurden, brechen in sich zusammen. Das war von dem Augenblicke an mit Sicherheit zu erwarten, als der Verlauf der Juristenkonferenz in London von den offiziellen und deutschen Pressestellen auf den Wind der Wissenden durch das Prädikat „nicht unbefriedigend“ abgestempelt worden war. Worauf es damals noch ankam, war allein die Form der Einladung. Aber auch hier war vorausgesehen, daß in den Punkten, die die Besonderheiten der deutschen Lage und die nationale Reizbarkeit eines Teiles der Regierungsgesellschaft berühren, Entgegenkommen freudig und klugst genommen würde. Wer Pressesmitarbeiter der westlichen Regierungen am Werke gesehen und die dort herrschende Stimmung aus erster Hand kennengelernt hat, wird von der Form der Einladung jedenfalls nicht überrascht sein.

Die Form der Einladung an Deutschland ist sozusagen „freibleibend“, d. h., man überläßt der deutschen Regierung, der ursprünglich vertraulich gedachten Besprechung der Außenminister der zunächst am Westpakt beteiligten Staaten die Gestalt einer umfassenden europäischen Konferenz zu geben, damit verhindert werde, daß die Vertreter des Reichs in ihren Entschlüssen durch die deutsch-nationale Fronte gehemmt werden und die ganze mühsame Arbeit am Friedenswerke, die seit der Reparationskonferenz in London im Gange ist, hinterher jobotiert wird. Besonders in Frankreich scheint man Wert darauf zu legen, die Partei im Reich, die fast alle Machtstellungen in Wirtschaft und Verwaltung in Händen hat oder diesenfalls stark beeinflusst und über die so wesentliche Unterstützung der akademischen Intelligenz verfügt, mit der Verantwortung für die abzuschließenden Punkte ein für allemal zu belasten, um so mehr, als die maßgebenden Instanzen unter den deutschen Demokraten und Republikanern die gleiche Anschauung haben und offenbar der deutsche Außenminister selbst, in Uebereinstimmung mit dem Chef des Kabinetts, eine Solopartie zu spielen ablehnt.

Aber die Schwierigkeiten, die mit einem so erweiterten Rahmen der Konferenz gegeben sind, dürfen nicht gering erachtet werden. Für Deutschland steht der Westpakt, die unbedingte Sicherung also der westlichen Grenzen, die endgültige Erledigung des irrwidrigen Spiels mit den Sanctionen und die Wiedergewinnung seiner Souveränität innerhalb des ganzen Reichsgebietes, im Mittelpunkt seiner Außenpolitik. Anders ist eine grundsätzliche Aenderung des bisherigen Rheinlandregimes mit friedlichen Mitteln in absehbarer Zeit nicht zu erreichen. Die Ausdehnung des Schiedsgerichtsgebantens, auch das Verhältnis zu den östlichen und südöstlichen Nachbarn steht erst in zweiter Linie. Westen und Osten hängen natürlich zusammen und fern verantwortlicher deutscher Politiker vergißt, mit welchen vertraglichen Bindungen Frankreich, das für die territoriale Neugestaltung Mittel-Europas die Hauptverantwortung trägt, belastet ist. Aber es widerspricht jeder vernünftigen Arbeitseinteilung, alle Probleme zugleich in Angriff zu nehmen und dadurch das Konferenzziel zu gefährden. Es scheint, als ob man besonders in London diese Auffassung teilt und wünscht, daß der Konferenz unbeschadet der umfassenden Zusammenfassung der deutschen Delegation von allem Anfang an kein zu weiter Rahmen gegeben werde. Soweit wir unterrichtet sind, wird es gelingen, das Konferenzprogramm rationell zu gliedern.

Neben all diesen ersten Dingen läuft das übliche Satyrspiel einher, die ebenso geistreichen wie wahrheitsliebenden Plonk-wähler des Patriotismus, die alle die als Fremdenlegionäre Frankreichs brandmarken, die die Außenpolitik des Kabinetts Luther-Stresemann-Schleis unterstützen, sie versuchen es zuguterletzt noch, den Außenminister Stresemann durch den Hinweis bloßzustellen, er sende Heuschreckenschwärme von informativischen und privaten Unterhändlern nach London und Paris und treibe hinter dem Rücken seines Chefs Schindluder mit den deutschen „Belangen“. Daß so nebenher noch angedeutet wird, er verbreite indirekt Nachrichten über den lockeren Zusammenhalt des Kabinetts Luther, dem er noch selbst angehört, ist ein

Die Einladungsnote in Berlin überreicht

Veröffentlichung Donnerstag früh

Berlin, 15. September.

Heute mittag um 1/2 1 Uhr übergab der französische Botschafter de Margerie dem Außenminister Dr. Stresemann ein Memorandum der französischen Botschaft, mit dem die alliierten Regierungen Deutschland zu einer Ministerbesprechung einladen. Das Memorandum ist sehr kurz gehalten und enthält nur die allgemeine Einladung. Ein Ort, wo die Ministerkonferenz stattfinden soll, ist nicht angegeben, dagegen wird gesagt, daß die alliierten Regierungen die Zeit zwischen Ende September und Anfang Oktober für opportun halten.

Um 1/2 2 Uhr erschien der englische Geschäftsträger beim Außenminister Dr. Stresemann und hatte mit ihm eine kurze Unterredung in derselben Angelegenheit. Das Memorandum soll am Donnerstag früh in der Presse veröffentlicht werden.

Zwei Sicherheitskonferenzen?

Frankreichs Wunsch nach dem Ostpakt

Paris, 15. September.

Heute findet ein wichtiger Ministerrat statt, der sich mit der Vollfrage, den interalliierten Schulden und mit der innerpolitischen Lage befassen wird. Brian wird über seine Besprechungen mit Chamberlain, Vandervelde und den übrigen Vertretern der interessierten Regierungen berichten.

Nach dem „Matin“ beabsichtigt es sich, daß zwei Parallel-Konferenzen über die Sicherheitsfrage stattfinden werden, die eine wird sich mit dem Westpakt, die andere mit dem Schiedsgerichtsverträgen zwischen Deutschland einerseits, Polen und der Tschechoslowakei andererseits befassen. Da zwischen den beiden Parallel-Konferenzen zahlreiche gemeinsame Punkte vorhanden wären, würden Benech und Strazynski, so oft es Frankreich für notwendig hält, an einer gemeinsamen Besprechung teilnehmen, so daß die beiden Parallel-Konferenzen sich vorübergehend zu einer gemeinsamen Konferenz zusammenschließen würden. Der „Matin“ findet das um so natürlicher, als der Westpakt sowie die Schiedsgerichtsverträge nach Ansicht der französischen Regierung gleichzeitig unterzeichnet werden müßten. Weiter meldet das Blatt, daß im Verlaufe der kommenden Woche die Verhandlungen zwischen Brian und Chamberlain auf diplomatischem Wege fortgesetzt werden würden, um jede unangenehme Ueberlappung während der Tagung der Konferenz zu vermeiden. Es handle sich in der Hauptsache darum, schon jetzt von der Reichsregierung die Zustimmung zur Teilnahme Polens und der Tschechoslowakei an der Sicherheitskonferenz zu erhalten.

Danab, 15. September.

Der diplomatische Berichtshatter des „Daily Telegraph“ schreibt, den wichtigsten und ersten Gegenstand der bevorstehenden Konferenz der Außenminister werde der eigentliche Rheinlandpakt mit seinen Anhängen, dem französisch-deutschen und dem belgisch-deutschen Schiedsvertrag bilden. Falls und sobald eine Vereinbarung erreicht sei, werde möglicherweise das schwierige Problem des deutsch-polnischen und des deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrages in Angriff genommen werden. Hierbei würden der polnische und der tschechoslowakische Außenminister sich an den Erweiterungen beteiligen, von denen sich die britischen Delegierten verhältnismäßig, wenn auch nicht völlig fernhalten würden. Denn wenn auch England keine Verpflichtungen im Hinblick auf die europäischen Obergrenzen übernehmen wolle, könne es nicht mit Gleichgültigkeit die politischen Folgen betrachten, die die Gruppe östlicher Verträge für es als Wägen der Westgrenzen und der entmilitarisierten Zone herbeiführen können. Anscheinend habe Chamberlain neuerdings ein-

Gipfel der Unsauberkeit und Gewissenlosigkeit, wie man ihn seit den Tagen Rathenaus nicht erlebt hat. Ueberflüssig zu sagen, wie unheimlich das Gerübe ist. Uebrigens ist es in allen Ländern üblich, daß insbesondere die Außenminister sich Informationen zu verschaffen suchen, die nur durch Reisen und Besuche nicht-offizieller, aber angesehener Persönlichkeiten zu erlangen sind. Der freien Bewegung des offiziellen Vertreters eines Landes sind Grenzen gesetzt, seine Zeit ist durch die Pflege des offiziellen Verkehrs so gut wie ausgefüllt, er kann sein Intonito selbst da... kaum aufrecht-erhalten, wenn er Privatvergnügungen und Liebhaberereien nachgeht; darum bedürfen seine Informationen der Ergänzung durch solche Personen, die von allen diesen Rücksichten und Schranken befreit, sich in allen Gesellschafts-

gesehen, daß die völlige Abtrennung der östlichen Verträge von den westlichen nur in der Theorie und nicht in der Praxis möglich sei.

Strazynskis Erfolg

Warschau, 15. September.

Nach den letzten Oester Meldungen gilt es als sicher, daß Polen an der Außenministerkonferenz über die Ostfrage sich beteiligen wird für den Teil der Verhandlungen, die die Ostfragen betreffen. Die Tatsache, daß die Ostfragen an gleichen Ort und gleichzeitig mit dem Westpakt verhandelt werden sollen, sieht man als großen Erfolg Strazynskis an. Es wird rühmend hervor-gehoben, daß es ihm gelungen sei, die Gefahr zu vermeiden, daß Polen mit Deutschland über die östlichen Schiedsverträge verhandeln müsse, nachdem der Reichstag den Westpakt bekräftigt hätte, also in einer isolierten Situation und in einem Moment, wo Polen leicht als Störenfried erscheinen könnte, wenn die Verhandlungen über die Ostverträge nicht glatt gingen, nachdem Frankreich seinen Frieden mit Deutschland geschlossen hätte.

Tschitscherin kommt nach Berlin

Warschau, 15. September.

Der russische Außenminister Tschitscherin trifft am 20. September in Warschau ein und wird mit dem aus Paris zurück-erwarteten Außenminister Strazynski eine Unterredung haben. Am 22. September wird er in Berlin sein, wo er mit Dr. Stresemann konferieren wird, bevor er zur Kur in ein österreichisches Sanatorium reist.

Der Besuch Tschitscherins in Warschau war schon seit längerer Zeit angekündigt. In den anti-russischen eingestellten Kreisen Warschaus glaubt man, daß Tschitscherin sich hier nur kurz aufhalten wird. Das Hauptziel seiner Reise seien Besprechungen mit Strazynski und möglichst auch mit Brian über den Sicherheitspakt. In den weit zahlreicheren und einflussreicheren Kreisen Polens, die ernstlich an der Besserung der Beziehungen zu Russland arbeiten, damit Polen aus der politischen Zweifrontenlage herauskomme und alle seine Kräfte gegen Deutschland konzentrieren könne, sieht man in dem Besuch Tschitscherins ein sehr bedeutsames Ereignis. In einzelnen Blättern wird angedeutet, daß Strazynski seine guten Dienste als Vermittler zwischen Frankreich und Russland angeboten habe.

kreisen frei bewegen, den wirren Blunder der Zuträgeren kontrollieren und jenen Teil der privaten Meinungen kennen, der für die Bildung der öffentlichen Meinung schließlich einmal von ausschlaggebendem Werte sein wird. Also selbst wenn Herr Stresemann diesen oder jenen Herren gebeten haben sollte, gelegentlich eines Besuchs im Auslande Aufklärungen zu geben oder einzuholen, so hätte er nur seine Pflicht getan. Hat man vergessen, mit welchen Personenapparat ein Bismarck arbeitete? Oder wie die Klientel ausseh, die man in der Umgebung der Außenminister aller Länder findet? Es wäre überflüssig, von diesen Selbstverständlichkeiten zu reden, wenn nicht gewisse parteipolitische und publizistische Erdarmligkeiten dazu zwängen.

Die Länder lehnen die „Schulreform“ ab

Die wir erfahren, sind bei der Konferenz der Länderregierungen, die am Dienstag vormittag 10 Uhr in der Leipziger Universität begann, die Vertreter mehrerer großer Länder entsprechend der bisherigen Stellungnahme ihrer Regierungen gegen eine baldige Aenderung der bestehenden Volksschulgesetzgebung im Sinne des Entwurfes des Reichsministeriums eingetreten.

Eine bemerkenswerte Stimme zur Kriegsschuldfrage

New York, 15. September.

Die „World“ erklärt zu Poincarés Schuldartikeln, daß Poincaré die Dinge denn doch zu einfach sähe. So leicht wie er es sich vorstelle, könne man Schurken im Drama nicht erkennen. Zweifellos sei Deutschland leichtsinnig gewesen, als es Oesterreich freie Hand ließ, doch sei es geschichtlich anerkannt, daß Poincaré ernstlich wünschte, den Frieden zu erhalten, daß er diesbezügliche aufreichte Verluste in jeder Stunde unternahm und Deutschland keinen Krieg wollte. Poincaré müsse sich in seinem Wille Pakt schaffen für Suchomilow, der die Aufhebung der Mobilisationsordere nicht beabsichtigte, für Verdolb, der Serbien auf alle Fälle niedergewungen wollte, und für andere Verbrecher und Barren. Er müsse schließlich noch Pakt im Hintergrunde schaffen für 40 Jahre Gefängnis. Der Streit über die Kriegsschuld sei gerade heute von praktischer Wichtigkeit. Das Deutsche Reich bestände darauf, daß es nicht die alleinige moralische Verantwortlichkeit für den Krieg und seine Folgen trage und darin habe es vollkommen recht.

Italiens Beteiligung an der Ostkonferenz

Genf, 15. September.

Der italienische Delegierte Grandi, Unterstaatssekretär im Außenministerium ist, von Rom kommend, hier eingetroffen. Er begab sich zu dem Führer der italienischen Delegation Scialoja, um diesen über seine Besprechung mit Mussolini über den Sicherheitspakt und die Einberufung einer Konferenz zwischen den alliierten Mächten und Deutschland zu unterrichten.

De Monzie über seinen Berliner Besuch

Berlin, 15. September.

Der französische Unterrichtsminister de Monzie erklärte dem Mitarbeiter einer Berliner Zeitung auf die Frage, ob sein Besuch politische Zwecke verfolge, folgendes: „Ich würde Ihnen sehr verbunden sein, davon Kenntnis zu nehmen, daß ich Minister des öffentlichen Unterrichts und nicht des Auswärtigen bin. Dieses Amt, das ich nicht inne habe, wird von Brian verwaltet. Auf meiner Reise und bei meinem Aufenthalt in Kopenhagen habe ich mit einem dänischen Kollegen und mit der Elite der Universität die Fragen erörtert, die bestimmt sind, unseren geistigen Bestrebungen eine einheitliche Form zu geben. Hier ist mein Ziel daselbe, kein anderes. Aber ich denke, daß der Friede auf den Ozeanen der unparteiischen Forschung, die weder Partikularismus noch Mißtrauen kennt und nicht kennen darf, geboren wird. Unser großer Soziologe Henri de Saint Simon sagte: „Archimedes muß Alexander erkennen.“ Unser Hegel geht nicht so weit. Wir wünschen nur, daß Archimedes Talleyrand hilft. Wir wünschen, daß nebenbei im Bezirk des internationalen Instituts intellektueller Arbeit sich Anspätze für Objektivität finden, die nach dem Wunsch der Völker sich schnell vergrößern werden.“

de Monzie wird im Laufe des heutigen Tages im preussischen Unterrichtsministerium vorkommen und verschiedene Institute besichtigen. Der preussische Minister Dr. Becker gibt ihm zu Ehren ein Frühstück. Am Abend erfolgt die Weiterreise nach Paris.

Paris, 15. September.

Das „Echo de Paris“ und das „Journal“ melden, daß die Hauptaufgabe des französischen Unterrichtsministers de Monzie bei seinem Aufenthalt in Berlin nicht etwa die Wiederentdeckung der intellektuellen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sei, sondern vielmehr eine Besprechung mit dem russischen Botschafter Rekrinski über die Schuldfrage. Die italienische Abweisung der letzten Vorschläge Kravins habe in Moskau, so meldet das „Journal“, einen tiefen Eindruck gemacht. Rekrinski habe bereits von der Sowjetregierung neue Instruktionen erhalten sowie den Auftrag, den Standpunkt der Sowjetregierung dem Unterrichtsminister de Monzie, der bekanntlich bei der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Frankreich und Russland eine große Rolle spielte, zur Kenntnis zu bringen.